

Neustadt-
Dresden,
in der Expedi-
tion, H. Meißner,
Gasse Nr. 8,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Ngr. Zu
beziehen durch
alle fgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers E. Heinrich.

Politische Weltchau.

Deutschland. In Bezug auf den Entwurf einer Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund erfährt man, daß derselbe die bisher in verschiedenen Bundesländern noch bestehenden Koalitions-Beschränkungen beseitigt. Dafür werden in dem Entwurfe Verabredungen unter Gewerbetreibenden, welche darauf gerichtet sind, daß sie die Arbeit einstellen oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehilfen, Gesellen oder Arbeiter entlassen oder zurückweisen, für nichtig erklärt, ebenso Verabredungen unter Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeitern, welche darauf gerichtet sind, Gewerbetreibende dadurch zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen, oder dieselbe verhindern. Diejenigen Bestimmungen der Landesgesetze, welche Verabredungen der vorbezeichneten Art unter Strafe stellen, sollen fortan außer Kraft treten, doch ist die Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten für denjenigen angedroht, der Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder Berrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen theilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht. — Der Kongreß norddeutscher Landwirthe hat nach längerer Debatte über das landwirthschaftliche Genossenschaftswesen folgende Resolution angenommen: „Die verschiedenen Formen des Genossenschaftswesens sind vorzugsweise geeignet, die Interessen des landwirthschaftlichen Gewerbes zu sichern und zu fördern, und werden die norddeutschen Landwirthe durch den Kongreß aufgefordert, durch Lehre und Beispiel dahin zu streben, daß bestimmte Ansichten und Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt, diese einer von dem Kongreß zu ernennenden Kommission übergeben und von dieser dem nächsten landwirthschaftlichen Kongresse vorgelegt werden.“ Außerdem wurde in Bezug auf Transport- und Verkehrsverhältnisse folgender Beschluß gefaßt: 1) Die in Art. 45 der Verfassung des norddeutschen Bundes in Aussicht genommene Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife ist für die Landwirthschaft von höchster Bedeutung und deren Einführung baldigst zu wünschen. 2) Es ist von besonderer Wichtigkeit, in der Bundes-Gesetzgebung, unbeschadet der selbständigen Special-Gesetzgebung in den einzelnen Staaten, die leitenden Prinzipien in Bezug auf Regulirung der Flüsse, Anlage von Chausseen, Instandhaltung der Landstraßen und Kommunikationswege aufzustellen. 3) Der Ausschuß des Kongresses norddeutscher Landwirthe wird beauftragt, obige Wünsche zur Kenntniß des Bundeskanzleramtes zu bringen.

Preußen. Die Session des Landtags ist wegen der neuen Regierungsvorlagen (vergl. vor. Nr.) um einige Tage verlängert worden, doch glaubt man, daß der Schluß noch in dieser Woche erfolgen wird. Unmittelbar darauf dürfte der Bundesrath zusammentreten und Ende künftigen Monats das Zollparlament. Zu Bevollmächtigten des Bundesrathes sind preussischer Seits neu ernannt: Ministerial-Direktor v. Philippsborn, Ober-Finanzrath Bollny und Geh. Regierungsrath Graf zu Eulenburg. — Nach einer Mittheilung des landwirthschaftlichen Vereins zu Königsberg gebrauchen die Kreise in Ost-

preußen folgendes Saatgetreide: 250,000 Scheffel Sommerroggen, 140,000 Gerste, 370,000 Hafer, 76,000 Erbsen, 5400 Weizen, circa 5000 Scheffel Lupinen, Klee und Thymothee und eine Million Scheffel Kartoffeln. — Einer Bekanntmachung des Finanzministers vom 21. zufolge werden von jetzt ab bis auf Weiteres sowohl die noch nicht vernichteten Darlehnskassenscheine, die auf Grund der Verordnung vom 18. Mai 1866 ausgegeben worden sind, wie die neu ausgefertigten, bei allen öffentlichen Kassen in Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe angenommen. — In Stettin wurden am 21. d. M. sieben Soldaten des 14. Infanterie-Regiments in der Kaserne vom Kohlendampf betäubt gefunden. Zwei von ihnen starben und bei zwei Anderen ist das Aufkommen ungewiß, während die übrigen drei als gerettet zu betrachten sind. — Die Administration der Homburger Spielbank hat dem Kronprinzen von Preußen 4000 Thlr. für die Nothleidenden in Ostpreußen offerirt, jedoch ist diese Gabe abgelehnt worden. Wahrscheinlich merkte man die Absicht der Geber — und ward verstimmt. — Die zwischen Preußen und Dänemark wegen Nordschleswigs schwebenden Verhandlungen sind so gut wie abgebrochen. Dänemark hat nämlich die der preussischen Regierung angebotene Garantie für die Nationalität der Deutschen von einer Abstimmungslinie abhängig gemacht, welche Preußen nicht gewähren will.

Baiern. Unzweifelhaft hat die ultramontane-kerikale Partei den Sieg bei den Zollparlamentswahlen davongetragen, denn die Mehrzahl der Abgeordneten geht aus ihrem Lager hervor. Vielsach war man deshalb der Ansicht, daß die Regierung in diesem Wahlresultat eine Art Niederlage ihrer bisherigen Politik erblicken werde. Dies ist jedoch nicht der Fall, im Gegentheil wird officiös gemeldet: „Die bisherige Politik der Regierung, weit entfernt davon, durch das Ergebnis der Zollparlamentswahlen eine Niederlage erlitten zu haben, wird durch dasselbe vielmehr gutgeheißen. Das bisherige Ministerium hat sich niemals weder auf die kerikale Partei und die Anhänger einer Restaurationspolitik, noch auf die Fortschrittspartei und diejenigen, welche auf ein Eintreten in den norddeutschen Bund drängten, gestützt. Die Wahlresultate liefern den Beweis, daß Baiern der Zerrüttung verfallen wäre, wenn einer der beiden extremen Parteien die Zügel der Regierung in die Hand gegeben würden, und ermuthigen die Staatsregierung, bei ihrer bisherigen äußeren und inneren Politik zu beharren, deren Programm in der Erhaltung der Selbständigkeit Baierns, sowie in der Wahrung der nationalen Ziele und einer besonnenen Durchführung der im Innern nöthigen Reformen besteht.“

Württemberg. Am 20. Febr. wurde der Landtag durch den König in Person mit folgender Thronrede geschlossen:

„Liebe Getreue! Seitdem ich das letzte Mal in Ihre Mitte getreten, sind bedeutungsvolle Ereignisse über unser Vaterland gekommen. Ein Band, das seit einem Jahrtausend die deutschen Stämme umschlungen hat, ist geöst. Das schöne Reich, welches bis daher seine Geschichte mit uns getheilt, ist von uns geschieden und Deutschland hat sich neu gestaltet. Was ich gethan, um Württemberg in diesem neugestalteten Deutschland die ihm gebührende Stellung für Krieg und Frieden zu sichern, haben Sie gutgeheißen. Entschlossen, die ein-